



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Interview der Reichsbanner-Zeitung mit Bernhard Vogel, Ministerpräsident von Thüringen



Ministerpräsident Bernhard Vogel

Frage: Was hat Sie dazu bewogen, in die CDU einzutreten und politisch tätig zu werden?

Obwohl ich mich parteipolitisch schon recht früh bekannt habe, bin ich nicht sehr früh in eine Partei eingetreten; mein Doktorvater war Dolf Sternberger, der die These vertrat, daß man als Politikwissenschaftler im Grunde genommen besser nicht selbst in einer Partei Mitglied sein sollte. Er war der Meinung, daß dies mehr Unabhängigkeit vom Gegenstand der wissenschaftlichen Betrachtung mit sich bringe. Ein Standpunkt, den man vertreten kann, aber nicht muß. Ich bin jedenfalls in die CDU eingetreten. Eine Ursache, daß es die CDU war:

Die Gestalt und Politik Konrad Adenauers hat mich außerordentlich beeindruckt.

Frage: Sie und ihr Bruder Hans-Jochen werden in der Presse als die ungleichen Brüder bezeichnet. Haben Sie oder Ihr Bruder in der Jugendzeit jemals versucht, den anderen in das gegnerische politische Lager zu ziehen?

Es fällt in der Tat auf, daß zwei Brüder nicht nur in unterschiedlichen Parteien engagiert sind, sondern daß sie dort im Laufe der Jahre auch gewisse Erfolge hatten. Der eine in jungen Jahren Oberbürgermeister in München, später Justizminister und Regierender Bürgermeister in Berlin. Der andere in recht jungen Jahren Kultusminister in Rheinland-Pfalz und danach Ministerpräsident.

Natürlich haben wir in jungen Jahren versucht, uns wechselseitig zu überzeugen. Und da gab es auch zu Hause heftige Diskussionen. Im Laufe der Jahre hat sich das aber gelegt. Als wir gemerkt haben, daß das keinen Zweck hatte. Wichtig war uns beiden, daß wir versucht haben, auch in der Öffentlichkeit zu zeigen, daß man politisch unterschiedlicher Meinung sein kann und doch anständig miteinander umgeht.

Frage: Welchen Beitrag leistet das Land Thüringen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?

Wir tun alles, was eine Regierung tun sollte: Möglichst gute Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung schaffen. Und wer die Länder untereinander vergleicht, der wird feststellen, daß wir - was die wirtschaftlichen Daten betrifft - dem Vergleich mit den anderen jungen Ländern standhalten. Sachsen und Thüringen sind die Länder, die alles in allem am besten dastehen. Das darf nicht mißverstanden werden: Wir haben unverändert große Sorgen, zum Beispiel eine unerträglich hohe Arbeitslosigkeit. Es ist nicht mehr wie früher, daß sich Wirtschaftswachstum zügig in Arbeitsplätze umrechnen läßt. Wir leben auch in Thüringen nicht auf einer Insel und sind von den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen nicht abgekoppelt. Wir haben allerdings eine ganze Reihe von Trümpfen, die andere nicht haben, und die uns mittel- und längerfristig besondere Chancen geben: Eine unvergleichlich gute Lage in der Mitte Deutschlands und Europas, eine besonders gut ausgebildete Erwerbsbevölkerung und schließlich auch den weichen Standortfaktor Kultur. Die Thüringer sind seit jeher besonders ideenreich, kreativ und innovativ. In Thüringen werden - unter den jungen Ländern - vergleichsweise die meisten Patente angemeldet.

Wir müssen allerdings auch einiges dafür tun, daß die

Trümpfe stechen: beispielsweise Straßen, Verkehrswege bauen, daß wir von unserer guten Lage auch etwas haben. Wo und wie wir auch immer können: Wir werben um Investoren, daß sie eben hierher zu uns nach Thüringen kommen, weil sich Thüringen als Standort lohnt. Und wir sind erfolgreich bei diesem Werben. Übrigens auch mit einem sehr durchdachten und flexiblen Förderinstrumentarium. Auch mit Einrichtungen, die wir geschaffen und fortentwickelt haben: Landesentwicklungsgesellschaft, Thüringer Aufbaubank, Thüringer Investitionsbeteiligungsfonds.

Nicht gesprochen habe ich beim Stichwort Arbeitslosigkeit vom 2. Arbeitsmarkt; auch der leistet einen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wenn er vor allem Brücke zum 1. eigentlichen Arbeitsmarkt ist. Es ist selbstverständlich, daß wir auch da die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen suchen.

Frage: Von den Unternehmern wird die Ansicht vertreten, daß unsere soziale Marktwirtschaft zerstört wird, wenn sie nicht reformiert wird. Sehen Sie das auch so?

Die soziale Marktwirtschaft ist ein Erfolgsrezept der Bundesrepublik Deutschland. Und sie ist dabei, hier in den jungen Ländern erneut eine Bewährungsprobe zu bestehen. Sie wird außerdem auch das Erfolgsrezept für die Länder des früheren Ostblocks sein.

Die Probleme, die wir gegenwärtig zu bewältigen haben, können nicht der sozialen Marktwirtschaft zur Last gelegt werden. Und insbesondere sind sie nicht tauglich, den Versuch zu unternehmen, das Adjektiv „sozial“ vor der „Marktwirtschaft“ streichen zu wollen.

Wenn allerdings die Problematik angesprochen sein sollte, daß wir uns um die Ausgestaltung des Sozialstaats kümmern müssen, daß wir darauf zu achten haben, daß vor allem diejenigen Hilfe bekommen müssen, die sich selbst nicht helfen können, dann ist das selbstverständlich ein berechtigtes Anliegen. Allerdings: Umbau, nicht Abbau ist notwendig.

Frage: Für viele Unternehmer wird der US-Kapitalismus zum Leitbild erhoben. Werden dadurch nicht auch dessen Fehlentwicklungen mit übernommen?

Ich zolle den Vereinigten Staaten in vielerlei Hinsicht hohen Respekt. Und natürlich sollte man nicht so arrogant sein, zu denken, man könne von anderen nichts lernen. Allerdings: Man muß aufpassen, ob etwas zu uns, unserem System paßt, was uns mitunter als Allheilmittel angepriesen wird. Denken Sie beispielsweise an unsere völlig anders gestaltete soziale Absicherung, um ein Beispiel zu nennen. Außerdem: Patentrezepte gibt es ohnehin nicht. über den Tellerrand schauen - ja. Aber dann nicht nur auf einen kleinen Ausschnitt aus einem Gesamttabelleau, der einem gerade zupaß kommt.

Frage: Die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß in unserer Wirtschaft eine schleichende Amerikanisierung stattfindet und dadurch eine zunehmend wachsende Kluft zwischen arm und reich entsteht. Teilen Sie diese

Ansicht?

Das sehe ich nicht, zumal ich von solchen allzu griffigen und damit mißverständlichen Schlagworten nicht viel halte. Richtig ist, daß wir eine Entwicklung haben, die so gänzlich neu nicht ist. Stichwort „Globalisierung“. Wir neigen leider in Deutschland allzu gerne dazu, die Risiken und natürlich auch vorhandenen Probleme in den Vordergrund jeglicher Überlegungen zu stellen und eben nicht die Chancen. Denn die gibt es ganz selbstverständlich nicht weniger. Auskoppeln können wir uns mit Gewißheit nicht. Wohl aber können wir die gegebenen neuen Möglichkeiten nutzen und - wenn wir das offensiv und mit weniger Verzagtheit tun - auch gestalten! Auf diese Weise können wir auch dazu beitragen, den Abstand zwischen „arm und reich“ nicht größer werden zu lassen, um die Mindestanforderung zu formulieren.

Frage: Was tut das Land Thüringen, um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen zu unterstützen, die vor allem anpassungsfähig und innovativ sind?

Thüringen ist ein Land des Mittelstands. Das war es seit jeher, und nach der Wende hat sich gezeigt, daß diese Prägung auch von vier Jahrzehnten SED-Diktatur nicht zu beseitigen war. Die KMU sind für viele erstaunlich schnell wieder zu Kräften gekommen. Wenn wir mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung in Thüringen besser als andere vorangekommen sind, so hat das auch mit dieser vorhandenen Struktur zu tun. Unsere besondere Sorge in der Wirtschaft ist nach wie vor die noch viel zu schmale industrielle Basis. Nur drei Betriebe in Thüringen haben mehr als 1000 Beschäftigte.

Wenn ein Land so von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt ist, dann zeigt sich das auch in seinem Förderinstrumentarium. Im Grunde genommen steht für jedes Unternehmen, das eine Chance hat, mit seinem Produkt wettbewerbsfähig zu sein oder zu werden, entsprechende Förderung zur Verfügung. Besonders für Durststrecken, die nicht ausbleiben. Durststrecke ist das Stichwort für fehlendes Kapital, eine zu dünne Kapitaldecke, zu wenig Risikokapital, natürlich auch Managementfehler. Daher gehört zu den notwendigen Hilfen auch ein ausgeprägtes Beratungssystem. Einmal durch die Kammern, aber auch durch Beratung, die durch spezielle Einrichtungen angeboten wird.

Die Landesregierung veranstaltet eine ganze Reihe von Kongressen, die Themen wie Risikokapital, Management, Erfahrungsaustausch, Zusammenarbeit und joint venture über die Grenzen hinweg gewidmet sind.

Frage: Im vergangenen Jahr sind die Lohnstückkosten in der Industrie in Deutschland um 19% zurückgegangen und liegen jetzt unter denen von England, Japan und den USA. Muß man den Gewerkschaften nicht Verständnis entgegenbringen, wenn sie in der Lohnpolitik das Ende der Bescheidenheit ausrufen. Bedeuten nicht auch höhere Löhne eine Stärkung der Inlandsnachfrage und somit der Konjunktur?

Das Wort vom „Ende der Bescheidenheit“ hat mir nicht

sonderlich gefallen, und es gefällt mir auch weiterhin nicht. Ich denke auch nicht, daß die Rechnung aufgeht: Mehr Geld in die Lohntüten und ungeahnte Folgen bis hin zu mehr Arbeitsplätzen. Dabei muß auch die Lage in den jungen Ländern gesehen werden: Betriebe, die hinsichtlich ihrer Produktionskosten wirklich wettbewerbs-, konkurrenzfähig sind, die werden zwar allmählich mehr, aber sie sind weiß Gott nicht die Regel. Wir brauchen mehr und mehr Betriebe, deren Produkt nicht nur gut ist und dem Vergleich standhält, sondern das auch zu wettbewerbsfähigen Preisen auf den Markt kommt. Das führt in der Konsequenz zu mehr Arbeitsplätzen. Ich empfehle, zu solchen Themen hier bei uns das Gespräch mit Betriebsräten und Arbeitern zu führen. Nicht, daß man nicht gerne mehr Geld in der Hand hätte. Man sieht aber auch die Dinge realistischer: was es bedeutet, wenn sich der Betrieb gerade so über Wasser hält und sich dann die Kosten, warum auch immer, verteuern.

Wir haben in Thüringen gerade die Beratungen einer Arbeitsgruppe Investivlohn abgeschlossen. Da sehe ich Chancen, Geld im Betrieb zu halten, die Kapitaldecke zu stärken und gleichzeitig Vermögen in Arbeitnehmerhand zu bilden.

Frage: Viele Bundesbürger betrachten mit Sorge die Übertreibungen unserer ausufernden Marktwirtschaft. Können Sie diese Sorge nachvollziehen?

Ich bin aus gutem Grund kein Anhänger der „Marktwirtschaft“; ich bin ein Verfechter der „sozialen Marktwirtschaft“! Und die ist eine Errungenschaft, die zu verteidigen und zu bewahren sich lohnt.

Frage: Bereits vor über 2500 Jahren hat Buddha das hemmungslose Gewinnstreben der Menschen als ein Hauptübel bezeichnet. Das Streben nach immer mehr Gewinn und Reichtum und die Überbetonung von Leistung und Karriere ist mit dem Verlust von ethischen Werten verbunden. Muß der Staat hier nicht schnellstens gegensteuern?

Da kann man sicher alle Weltreligionen heranziehen, die hierzu einschlägiges und weitgehend vergleichbares sagen.

Richtig ist, daß Leistung, Erfolg, Wettbewerb zu uns Menschen und zu unserer gesellschaftlichen Ordnung gehören. Leistung und auch Gewinn sind nicht zuletzt um derentwillen notwendig, die sich selbst nicht helfen können und die auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind. Falsch ist die Übertreibung; wenn Handeln nicht an Werten oder Maßstäben orientiert ist.

Dabei bin ich übrigens nicht der Meinung, daß hier in erster Linie gefragt werden sollte, was der Staat tut, um Fehlentwicklungen „schnellstens gegenzusteuern“. Das ist so ähnlich, wie wenn Schule alles Mögliche leisten soll, wenn etwas bei Kindern oder Jugendlichen schief läuft. Ja, auch die Schule, vor allem aber zunächst einmal eine Aufforderung, die sich an Elternhaus, Eltern, gesellschaftliche Gruppen, eigentlich, was Werte

in unserer Gesellschaft betrifft, an jeden von uns richtet.

Frage: Die Duldung von Gewalt in den Medien, das Streben nach immer höheren Einschaltquoten im Fernsehen mit Sendungen oft tief unterhalb der Gürtellinie, die ansteigende Brutalität und Korruption usw. beunruhigen immer mehr Bundesbürger. Geht es Ihnen auch so, und was unternehmen Sie dagegen?

Freiheit kann zu Dingen führen, die uns nicht gefallen. Zu Dingen, die geschmacklos, ärgerlich und verletzend sind. Und Freiheit kann mißbraucht werden. Das mag uns gefallen oder nicht. Auch das gehört zu einer Gesellschaftsform, wie wir sie haben, und die - das sagt uns die Geschichte - allen anderen vorzuziehen ist. Ich komme nicht so wahnsinnig oft dazu, fernzusehen. Natürlich Nachrichten, heute, Tagesthemen. Ansonsten oft Beiträge, die ich mit Blick auf die politische Arbeit und Aufgabe ansehe. Ich weiß, daß es auch da schon zu Ärgernissen führt, wenn tatsächlich geschehene Gewalt - etwa das Morden in Ruanda oder auch im früheren Jugoslawien zu intensiv, „hautnah“ gezeigt wird. Und ich kann beim besten Willen nicht sagen, das mir alles behagt, was da ansonsten über den Schirm kommt.

Was tue ich, wenn ich etwas mitbekomme oder auch gesagt bekomme, was in der Tat besser nicht gesendet worden wäre? Ich bin selbst in einem Gremium einer Rundfunkanstalt und scheue es nicht, mich in solchen Dingen zu Wort zu melden. Oder auch diejenigen anzusprechen, die Sitz und Stimme im Gremium einer Rundfunkanstalt haben. Es gibt übrigens für jedermann die Möglichkeit, einen Leserbrief, einen Brief an Gremien, Einrichtungen zu schicken, die für Kontrollen und gegen Mißbrauch eigens eingerichtet sind. Auch hier also nicht allein der Ruf nach staatlichen Maßnahmen. Das allein genügt nicht, und es wäre mir auch nicht recht, wenn das allein auf der Ebene des Staates oder seiner Vertreter geschehen würde.

Frage: Bei Wählerbefragungen ermitteln die Institute, daß die SPD und nicht die CDU bei den meisten Wählern als die Partei angesehen wird, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzt. Als christliche Partei müßte doch gerade die CDU hier die Nase vorn haben. Sehen Sie das auch so?

Ich pflege gegenüber Wählerbefragungen schon immer ein gesundes und notwendiges Mißtrauen. Wenn mir das Ergebnis nicht gefällt, aber auch gerade dann, wenn es mir gefallen könnte. Keine der großen demokratischen Parteien, die sie angesprochen haben, sollte im übrigen der ändern absprechen, sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen; auch nicht einen Alleinvertretungsanspruch für Gerechtigkeit oder Frieden usw. reklamieren. Es ist aber auch das gute Recht einer Partei, in ihrem Grundsatzzprogramm oder auch im Namen anzuzeigen, nach welchen Maßstäben sie sich zu orientieren sucht. Ich kann außerdem für mich selbst in Anspruch nehmen, daß ich mich aus christlicher Verantwortung heraus in die Politik einzubringen suche und Verantwortung übernommen habe. Dabei warne ich zugleich davor Die

vor, die Bibel als Rezeptbuch für politisches Handeln mißzuverstehen.

Frage: Sie gelten in der Öffentlichkeit als ein Mann des Ausgleichs und tragen sicherlich somit erheblich dazu bei, daß die Koalition zwischen CDU und SPD ohne große Streitigkeiten in Thüringen ihre Arbeit meistert. Sollte nach Ihrer Ansicht auch nach den kommenden Bundestagswahlen in Bonn eine große Koalition eingesetzt werden? Bei den ständig ansteigenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten befürworten dies immer mehr Bundesbürger zumindest auf Zeit und vor allem dann, wenn die PDS das Zünglein an der Waage spielt.

Die bei uns in Thüringen - allen gelegentlichen kleinen Reibereien zum Trotz - durchaus ordentlich funktionierende Große Koalition ist meines Erachtens kein Exportartikel für Bonn. Sie war in Thüringen weder von der SPD noch von der CDU gewollt. Wir haben sie geschlossen, weil die Wähler ein entsprechendes Votum abgegeben haben. Eine Minderheitenregierung ist in einem jungen Land keine Lösung. Wenn man die existierende Alternative betrachtet, so geben uns die Lage der Dinge und der Erfolg recht. Ein junges Land braucht eine stabile, solide Mehrheit und Regierung. Auch wenn es dazu führt, daß die von Ihnen angesprochene PDS die alleinige Oppositionsfraktion stellt.

Die Fragen wurden von Hans Bonkas gestellt.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als Erbe der Revolution von 1848/49

In der Bundesrepublik Deutschland wird zur Zeit mit vielen Veranstaltungen und Veröffentlichungen an die Revolution von 1848/49 vor 150 Jahren erinnert und ihre zentrale historisch-politische Bedeutung für unsere Demokratie betont. Die Farben Schwarz-Rot-Gold waren eines der wichtigsten Symbole der Revolution von 1848/49. Unter Fahnen mit diesen Farben fanden bereits im Vormärz das Wartburgfest von 1817 und das Hambacher Fest von 1832 statt. Schwarz-Rot-Gold verkörperte auf symbolischer Ebene die Forderung nach Einigkeit und Recht und Freiheit gegenüber der Fürstenherrschaft. Am 31. Juli 1848 wurden diese Farben dann auch in der Frankfurter Paulskirche zur Fahne des Deutschen Bundes erklärt. Aus diesem Anlaß schrieb der Dichter Ferdinand Freiligrath (1810/1876) ein Gedicht mit dem Titel „In Kümmernis und Dunkelheit“, in dem sich die Bedeutung dieser Farben in der Revolution von 1848/49 in den Worten widerspiegelt: „Hurra, du Schwarz, du Rot, du Gold! Pulver ist schwarz, Blut ist rot! Golden flackert die Flamme!“ Auch nach dem Scheitern der Revolution blieb die Erinnerung an 1848/49 lebendig und beeinflusste die Entstehung verschiedener Geschichtsbilder, in denen die Bedeutung der Revolution ganz unterschiedlich bewertet wurde. Eine besonders ausgeprägte Erinnerungskultur entwickelte sich zunächst in der Arbeiterbewegung des Kaiserreiches, die sich am stärksten mit dem Erbe der Revolution von 1848/49 identifizierte und in Gedenkfeiern zum 18. März alljährlich die Gefallenen der Berliner Barrikadenkämpfe ehrte. Mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches und der Gründung der Weimarer Republik erhielt das Erbe der Revolution von 1848/49 eine neue Bedeutung und spielte als historisch-politische Grundlage in der Weimarer Verfassung eine wichtige Rolle. Mit der Bestimmung „Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold“ nahm die Weimarer Verfassung daher auch die Farben der Paulskirche wieder auf. Zur Verteidigung der Weimarer Republik gegen ihre Feinde von rechts und von links wurde 1924 mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ein politischer Kampfverband des republikanischen Lagers gegründet, der von DDP, SPD und Zentrum als Parteien der „Weimarer Koalition“ unterstützt wurde. Der Name Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hatte dabei

programmatische Bedeutung. Der Kampfverband sah sich in seinem historisch-politischen Selbstverständnis als Erbe der Revolution von 1848/49 und sang daher auch „In Kümmernis und Dunkelheit“ von Ferdinand Freiligrath als Bundeshymne, um direkt an dieses Erbe anzuknüpfen. Bei der Werbearbeit für die Weimarer Republik wurde im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold immer wieder die Tradition der Revolution von 1848/49 betont. Bei der Gründungsversammlung des Reichsbanners in Schramberg wurden sogar direkte Parallelen gezogen, die zeigen, wie stark man sich als Erbe dieser Zeit verstand: „Unsere Zeit gleicht der von 1848. Wir sind in der Frage des Staatsgefüges weitergekommen wie die damaligen Parlamentarier, aber immer noch gelte das Wort des Turnvaters Jahn im Frankfurter Parlament: Drei Feuerzeichen sind es, die uns vorschweben müssen: Schwarz-Rot-Gold, d.h., der Aufstieg des schaffenden Volkes, der Völkerfrieden und die Republik“. Die Bedeutung des Erbes von 1848/49 im historisch-politischen Selbstverständnis der Reichsbannermitglieder zeigt sich an vielen Beispielen. In Festansprachen und Festschriften wurden grundsätzlich Dichter des Vormärz und Politiker der Paulskirche zitiert. Besonders beliebt waren Gedichte dieser Zeit über die Farben Schwarz-Rot-Gold wie „In Kümmernis und Dunkelheit“ von Ferdinand Freiligrath. Außerdem vertrat man in der Tradition der Paulskirche den großdeutschen Gedanken und hielt an der Einheit der Nation mit Österreich fest. Bei einer Werbeversammlung in Lauterbach kam dieses Traditionsverständnis deutlich zum Ausdruck: „Den Schild, den der Staat tragen müsse, seien die Farben Schwarz, Rot, Gold, dies sei Einigkeit, Freiheit und Vaterland. Vom Freiheitsjahr 1848 stammen diese Farben, damals gingen die großen Freiheitskämpfer mit diesen Farben entgegen den Feind. Nicht Kleinstaaterei, die unserem Vaterland nur bisher schadete, sei weiter zu betreiben; nein, ein einzig Groß-Deutschland sei jetzt zu bilden, und wenn die rechtsstehenden Helden meinen, die Vaterlandsliebe in Erbpacht übernommen zu haben, so sei ihnen zu erwidern, das Wort Vaterland werde allein heilig von einem Republikaner gebraucht“. Im Bekenntnis zu Schwarz-Rot-Gold sahen die Reichsbannermitglieder einen Schwer-

punkt ihrer Öffentlichkeitsarbeit und traten insbesondere an den Verfassungstagen der Weimarer Republik für diese Farben ein. Schwarz-Rot-Gold wurde von den Feinden der Republik von rechts und links abgelehnt: Die Kommunisten identifizierten sich mit der alten roten Fahne der Arbeiterbewegung, während die Deutschnationalen an den Farben Schwarz-Weiß-Rot aus dem Kaiserreich festhielten und die Nationalsozialisten mit der Hakenkreuzfahne der Demokratie den Kampf ansgaben. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold antwortete auf die Bedrohung der Demokratie in der Endphase der Weimarer Republik mit der Gründung der „Eisernen Front“, in der sich der Kampfverband mit SPD, Gewerkschaften und Arbeitersportverbänden zusammenschloß. Die schwarz-rot-goldenen Fahnen wurden in dieser Zeit dann oft mit den drei Pfeilen der „Eisernen Front“

versehen, bis die Farben der Weimarer Republik nach der Ernennung von Hitler zum Reichskanzler nicht mehr gezeigt werden durften. Das alte Symbol der Revolution von 1848/49 und der Hoffnungsträger der Weimarer Republik wurde in der Diktatur verboten, in Erinnerung an seine Bedeutung aber nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches vom Parlamentarischen Rat wieder zur Fahne der Bundesrepublik Deutschland erklärt. Schwarz-Rot-Gold erinnert daher unter anderem auch an die Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, das bis heute als „Forum aktiver Demokraten“ in der Tradition von Einigkeit und Recht und Freiheit steht.

Carsten Kohlmann

Interview der Reichsbanner-Zeitung mit Justizminister Heitmann (CDU) in Sachsen



Justizminister Steffen Heitmann im Gespräch mit Hans Bonkas

Frage: Was hat Sie dazu bewogen, in die CDU einzutreten und nach der Wende aktiv politisch tätig zu werden und das Amt des Justizministers zu übernehmen?

In der friedlichen Revolution wurde ich juristischer Berater der Dresdner „Gruppe der 20“; das war eine aus den Demonstrationen im Oktober des Jahres 1989 hervorgegangene Gruppe von Menschen aller Schattierungen, die die Anliegen der Revolution, die wir anfangs noch gar nicht als solche begriffen hatten, gegenüber den staatlichen Organen vertrat. Während und nach der friedlichen Revolution mündete dies in Beratungen über eine Verfassung für Sachsen, die ich geleitet habe. Daß mir dann das Amt des Justizministers angetragen wurde, war gewissermaßen eine Folge dieser einschlägigen Vorbelastung. In die CDU eingetreten bin ich Ende 1991, weil mir deutlich wurde, daß unsere Demokratie auf Parteien, die den politischen Willen der Bürger bündeln, angewiesen ist. Und da ich nach linken Anwendungen in meiner Jugend eine konservative Grundhaltung habe, liegt mir die CDU am nächsten.

Frage: Von Sozialdemokraten wird die Behauptung aufgestellt, daß der Abbau der Arbeitslosigkeit die beste Kriminalitätsbekämpfung ist. Teilen Sie diese Ansicht?

Nein, zumindest nicht in dieser betonten Einigkeit. Daß das Sein das Bewußtsein des Menschen bestimmt, der Mensch also rundum ein Produkt der ihn umgebenden Verhältnisse ist, ist einer der großen Irrtümer des Marxismus. Leider hängen maßgebliche Vertreter der deutschen Sozialdemokratie - aber auch manche Mitglieder meiner Partei - dieser Lehre bis heute an. Ein Arbeitsloser kann sich aber genauso für oder gegen das Begehen von Straftaten entscheiden, wie ein reicher Industrieller. Die persönliche Verantwortlichkeit des einzelnen Menschen läßt sich auch für den Atheisten nicht wegerklären. Gerade im Bereich der Wirtschaftskriminalität sehen wir ja überdeutlich, daß reiche Menschen ebenso Straftaten begehen, wie Arbeitslose. Die äußeren, insbesondere die sozialen Verhältnisse sind nur ein Faktor von vielen, die bei der Motivation zu einer Straftat eine Rolle spielen. Im Mittelpunkt aber steht stets die Entscheidung, Unrecht zu tun, und daraus ergibt sich die persönliche Schuld.

Frage: Mit der Behauptung, daß durch einen höheren Wohlstand die Kriminalität zunimmt, halten andere Experten gegen. Können Sie dieser Behauptung zustimmen?

Einen unmittelbaren Zusammenhang würde ich auch hier verneinen. Wohlstand kann - wie vielfältig bewiesen - auch in Verantwortung gelebt werden. Richtig ist allerdings, daß unsere heutige Wohlstandsgesellschaft mitunter den Bezug zu den Wurzeln ihres Wohlstands verloren und dadurch geradezu zur Bourgeoisie im negativen, Marx'schen Sinne verkommen ist. Dort ist dann Gewinnmaximierung um jeden Preis einziges Ziel. Dann ist die Grenze zur Straftat rasch überschritten.

Frage: Henning Voscherau hat die Justiz als zu gutwillig, zu lau und zu langsam kritisiert. Trifft dies auch auf den Freistaat Sachsen zu?

Nein. Die der Justiz heute immer wieder vorgeworfene Gutwilligkeit und Lauheit ist vielmehr ein Ergebnis einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, innerhalb derer der gutgemeinte Wunsch nach Resozialisierung möglichst aller Straftäter den Blick auf die Realität des Bösen verstellt hat. Dies heute den Gerichten vorzuwerfen, ist fehl am Platz, denn sie müssen die Gesetze anwenden, die damals gemacht wurden. Wenn man die Begründungen der Strafrechtsgesetze aus den siebziger Jahren liest, dann wird deutlich, daß die zum Teil liberalistische Strafrechtspflege, die wir heute beklagen, vom damaligen Gesetzgeber gewollt war.

Auch die heute viel gescholtene Langsamkeit der Rechtsprechung hat vielschichtige Wurzeln. Sie ist auch begründet in dem sprunghaften Anstieg von Verfahren, und den hat nicht die Justiz zu vertreten, sondern die Bürger unseres Staates sind es, die oft wegen jeder Kleinigkeit vor Gericht ziehen, und der Gesetzgeber ist es, der durch Überreglementierung und mangelnde Eindeutigkeit der Gesetze hierfür die Voraussetzungen geschaffen hat. Man darf aber auch nicht vergessen, daß deutsche Gerichtsverfahren im europäischen Durchschnitt noch vergleichsweise rasch erledigt werden.

Frage: Die Gesamtstrafstaten sind in der alten Bundesrepublik von 1965 mit 2.900 Straftaten je 100.000 Einwohner auf 8.000 im Jahre 1996 gestiegen. Eine wahrhaft beängstigende Steigerung. Wie kann dem entgegenzuwirken werden?

Im Bereich der Rechtspolitik muß das Augenmerk wieder mehr darauf gerichtet werden, daß Sanktionen für Straftaten tatsächlich Strafe sein müssen. Ziel der Bestrafungen insgesamt muß es sein, daß die Gesellschaft Kriminalität nicht duldet. Das heißt nicht, daß uns künftig für Straftäter jedes menschliche Verständnis fehlen soll, nur die Akzente müssen wieder anders gesetzt werden. Die Rechtspolitik ist hier aber nur ein Ausschnitt. Insgesamt muß in unserer Gesellschaft das Bewußtsein Platz greifen, daß es für ein straffreies Leben wichtigere Gründe als eben die Angst vor Strafe gibt. Dafür muß - auch von Seiten der Politik - deutlich gemacht werden, daß individuelle und gesellschaftliche Wohlstandssteigerung nicht der Wert aller Werte ist.

Frage: Kann durch eine kontrollierte Abgabe von Heroin an Abhängige bei gleichzeitiger harter Abschreckung von Einsteigern die Beschaffungskriminalität vermindert werden?

Die kontrollierte Abgabe von Heroin an Süchtige kann meines Erachtens nur als eine zeitlich begrenzte medizinische Behandlung mit dem Ziel der Befreiung von Abhängigkeit diskutiert werden. Im übrigen käme auch niemand auf die Idee, illegalen Waffenhandel durch kontrollierte Abgabe von Pistolen an Schießwütige einzudämmen.

Frage: In einem Artikel der FAZ vom 8.11.1997 heißt es als Überschrift „Verbrechen lohnt sich wieder“. Sind Sie auch dieser Ansicht bzw. was unternehmen Sie gegen diese Entwicklung?

Verbrechen lohnt sich nicht, auch nicht materiell. Zum Glück haben Polizei und Staatsanwalt durch intensive Ermittlungsarbeit und hohe Aufklärungsquoten die Situation sehr viel besser im Griff, als manche Veröffentlichungen, insbesondere in der Sensationspresse, glauben machen. Solche Verunsicherungen, die leider auch von politischer Seite gelegentlich instrumentalisiert werden, sind für eine effektive Strafverfolgung nicht immer hilfreich. Daß trotzdem auch eine Reihe von Straftaten unaufgeklärt bleiben, liegt in der Natur der Sache, aber den Vergleich mit früheren Epochen der Geschichte brauchen wir hier nicht zu scheuen.

Frage: In diesem Artikel wird auch die Behauptung aufgestellt, daß bei uns zu viele Verbrecher ungeschoren bleiben. Welche Möglichkeiten sehen Sie, dem entgegenzuwirken?

Natürlich sind jede Straftat, die nicht aufgeklärt wird, jeder Täter, der entkommt, Herausforderungen für die Strafverfolgung. Wir müssen die Aufklärungsquote systematisch erhöhen.

Frage: In der Bevölkerung wird hart kritisiert, daß bei uns zu viele Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt und zu viele Strafen zur Bewährung ausgesetzt werden. Sehen Sie dies auch so, und was kann der Staat dagegen unternehmen?

Noch einmal: Das ist eine Aufgabe für den Gesetzgeber. Der hat damals eine solche Entwicklung gewollt. Aufgabe der Rechtspolitik der nächsten Jahre muß es ein, den Trend der letzten Jahrzehnte wieder umzukehren. Die jüngste Verschärfung des Sexualstrafrechts ist ein guter Anfang.

Frage: Unsere Strafprozeßordnung kennt zwanzig Gründe für eine Verfahrenseinstellung, aber nur zwei, die es erlauben, einen Tatverdächtigen in Haft zu nehmen. Müßte hier die StPO nicht schnellstens geändert werden?

Die StPO kennt nicht nur zwei, sondern sechs Haftgründe, und auf zwanzig Gründe für die Einstellung von Ermittlungsverfahren kommt man nur, wenn man Untergruppen gesondert zählt. Aus der relativ hohen Anzahl von Einstellungsgründen läßt sich aber keineswegs auf eine allgemein einstellungsfreundliche Tendenz schließen, denn die enumerative Aufzählung konkreter Fallgruppen schränkt Einstellungen weit mehr ein als wenige, allgemein gefaßte Generalklauseln. Aber unabhängig davon habe ich Verständnis dafür, daß in der Bevölkerung häufig Unmut darüber aufkommt, daß Tatverdächtige, bei denen kein gesetzlich geregelter Haftgrund vorliegt, sehr schnell wieder auf freien Fuß kommen. Dabei darf man aber nicht vergessen, daß gesetzlicher Hauptzweck der Untersuchungshaft ist, sicherzustellen, daß der Tatverdächtige sich der Hauptverhandlung nicht entzieht bzw. seine Verurteilung anderweitig vereitelt. Untersuchungshaft darf ja nicht zur vorgezogenen Strafe werden. Daß der Haftgrund der Wiederholungsgefahr gesetzlich so restriktiv geregelt ist, sehe ich auch eher kritisch. Unser Haftrecht bedarf der Überprüfung.

Frage: In der Weimarer Republik stritten sich die Experten über einen Besserungsstrafvollzug, Vergeltungsstrafvollzug und Abschreckungsstrafvollzug. Für welche Art von Strafvollzug setzen Sie sich ein?

Im Strafvollzugsgesetz haben wir eine brauchbare Grundlage. Es nennt zwei Ziele des Strafvollzugs nebeneinander: Resozialisierung und Schutz der Bevölkerung vor weiteren Straftaten. Die von Ihnen genannten Aspekte der Vergeltung und Abschreckung liegen in der Freiheitsstrafe selbst. Wir sind dankbar, daß wir jetzt hier einen menschlichen Strafvollzug haben.

Frage: Berufs- und Gewaltverbrecher, insbesondere auch solche aus sozial unterentwickelten Staaten, können bei uns mit einem sehr liberalen Strafvollzug rechnen. Das ist für viele immer noch besser als die Not in ihrer Heimat und keine Strafe. Als Widerstandskämpfer gegen die kommunistische Diktatur im Jahre 1945 in der damaligen SBZ/DDR habe ich ein Jahr im „Roten Ochsen“ in Halle und fast sieben Jahre im „Gelben Elend“ in Bautzen den Strafvollzug der Sowjets und anschließend der Stasi kennengelernt. Meine politischen Freunde und ich wünschen Berufs- und Gewalt-

verbrechern, die ohne jedes Mitleid ihren Mitmenschen, darunter Kindern, alten Menschen usw. die schlimmsten Grausamkeiten zufügen, nicht unbedingt diesen Strafvollzug. Wir sind aber der Ansicht, daß bei dieser Art Straftätern der Strafvollzug etwas härter sein könnte. Können Sie unsere Ansicht verstehen?

Ja, das kann ich verstehen, wenn man bestimmte Auswüchse des Strafvollzuges in Westdeutschland betrachtet, die zur Prägung des Begriffs „Hotelvollzug“ geführt haben. Die Wirklichkeit sieht aber in unserem heutigen Strafvollzug - zumindest kann ich das für den Freistaat Sachsen sagen - anders aus. Obwohl in unseren Anstalten alles vorhanden ist, was die Achtung vor der Menschenwürde auch des Straftäters gebietet, ist das Leben in einer Justizvollzugsanstalt alles andere als angenehm. Daß es Straftätern aus anderen Ländern in deutschen Justizvollzugsanstalten meist besser ginge, als zu Hause in der Freiheit, ist ein Vorurteil. Anderenfalls wäre nicht erklärbar, daß die meisten Fluchtversuche von Ausländern unternommen werden. Ich kann Ihnen versichern: Die sächsischen Gefängnisse werden keine Sanatorien werden.

Seminare

Vom 24.-28.6.98 führt das Reichsbanner mit Unterstützung der Friedrich Ebert Stiftung und dem Landesbeauftragten für Stasiangelegenheiten, Sigmar Faust, ein Seminar in Dresden durch. Dabei ist auch ein Besuch der Strafanstalt in Bautzen, dem ehemaligen „Gelben Elend“ vorgesehen.

An dem Seminar nehmen ca. 10 Zeitzeugen und 30 Auszubildende der Frankfurter Flughafen AG teil.

Ein weiteres Seminar findet **vom 30.9. - 4.10.98** in Berlin statt.

Wir trauern um Kurt Grabe

Am 9. März 1998 verstarb nach langer schwerer Krankheit im Alter von 86 Jahren unser Kamerad Kurt Grabe.

Kurt Grabe war ein entschiedener Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit und war schon in der Weimarer Republik Mitglied des Reichsbanners. Auch nach dem 2. Weltkrieg, als sich abzeichnete, daß die Kommunisten die braune Diktatur der Nazis durch ihre eigene rote Diktatur ablösen, war er einer der ersten, der dagegen ankämpfte. Dabei wurde er durch ein sowjetisches Militärgericht zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt, wovon er acht Jahre in Bautzen verbrachte. Durch die Leiden der langen Haftzeiten sowohl bei den Nazis als auch bei den Kommunisten war Kurt Grabe gesundheitlich schwer angeschlagen.

Wir werden unserem Kameraden Kurt Grabe immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Hans Bonkas

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.

Redaktion und Pressesprecher: Alexander Matwejew (presserechtlich verantwortlich), Hans Bonkas (stellv. Pressereferent).
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.



Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei, und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

Flughafen
Frankfurt Main

Service zwischen Himmel und Erde